



Thomas Bornhauser, Chefredaktor

Es geht weiter

«Ich denke niemals an die Zukunft. Sie kommt früh genug.» Wer den Menschen diesen Tipp mitgab, musste wissen, wovon er sprach. Es war niemand Geringerer als Albert Einstein.

Und doch dürfte unter uns Journalisten aktuell kaum einer an Einstein gedacht haben. Ziemlich wild treibt unsereins stattdessen die Frage um, was die Zukunft wohl bringen mag? Konkreter Hintergrund sind die Brüche in der Schweizer Medienlandschaft, die immer deutlicher zu Tage treten. Erst hatte

MEINE WOCHE

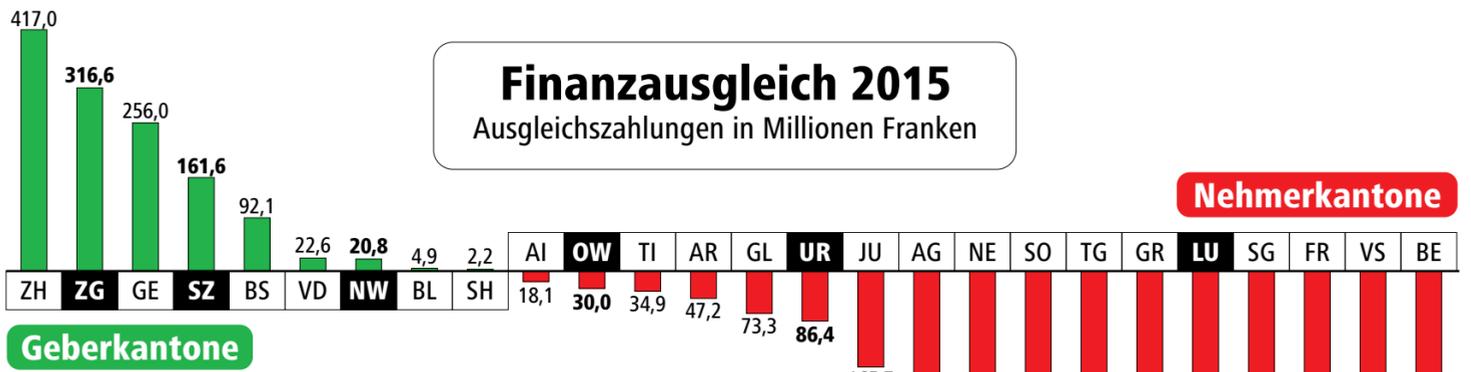
die NZZ-Gruppe, zu der auch unser Medienunternehmen gehört, die geplante Schliessung ihrer Zeitungsdruckerei angekündigt. Und jetzt ist es in dieser Woche zum Bruch mit dem Chefredaktor der NZZ gekommen, was es in der 234-jährigen Geschichte dieses Unternehmens nie gegeben hatte. Da zudem die Gründe dieses Bruchs für Aussenstehende bislang schleierhaft sind, schiessen jetzt prompt die verrücktesten Spekulationen ins Kraut.

Das wildeste unter diesen Gerüchten ist ein angeblich bevorstehender Verkauf unserer Zeitung durch die NZZ an alt Bundesrat Blocher, der ja seit Jahren der starke Mann im Hintergrund der «Basler Zeitung» ist. Von uns mit dieser These konfrontiert, sprach der Mann aber Klartext, wie man ihn von diesem politischen Haudegen kennt, nämlich: «Dumme Seich.»

Persönlich bin ich überzeugt, dass diese Antwort der Wahrheit entspricht. Dennoch dürften die Spekulationen aber weitergehen. Und zwar, weil die Medienwelt einem epochalen Wandel unterworfen bleibt und das Geschäftsmodell der Abo-Zeitungen erodiert.

Allerdings behält das Kulturgut Zeitung erstklassige Trümpfe. Und an diesen Trümpfen orientieren wir uns. So haben wir in Luzern zum Beispiel in diesem Jahr über ein halbes Dutzend neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Denn – wie es Robert Jungk so schön auf den Punkt gebracht hat: «Die Welt kann verändert werden. Zukunft ist kein Schicksal.»

# Geberkantone erhöhen Druck



**NFA Die Geduld der Geberkantone ist erschöpft. Sie greifen zu Gegenmassnahmen – und prüfen das Kantonsreferendum.**

SERMIN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsonntag.ch

Niemand kann sagen, er sei nicht gewarnt worden. Wenn selbst zurückhaltende Politiker wie der Zuger CVP-Ständerat Peter Bieri von einem «Verstoss gegen Treu und Glauben» und einer «höchst fragwürdigen Desavouierung» sprechen, muss noch dem letzten Nehmerkanton klar sein: Die Geduld der finanzstarken Kantone mit der Ausgestaltung des neuen Finanzausgleichs (NFA) ist begrenzt. Doch alles umsonst: Mit ihrer satten Mehrheit beschlossen die Ständeräte der Nehmerkantone am vergangenen Dienstag, dass es bis 2019 keine Änderung am NFA geben wird. Der Vorschlag des Bundesrats, der die Geber minimal entlasten wollte, wurde mit

26 zu 16 Stimmen abgelehnt. «Die Nehmerkantone haben eine Chance verpasst», sagt der Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder denn auch sichtlich aufgebracht.

**Es braucht acht Kantone**

Doch die Schlacht um die Millionen ist noch nicht vorbei. Wie Recherchen der «Zentralschweiz am Sonntag» zeigen, liebäugeln die Geberkantone mit der Ergreifung des Kantonsreferendums: Nicht nur 50 000 Stimmbürger können eine Volksabstimmung über ein Gesetz verlangen, sondern auch, wenn dies acht Kantone fordern. Das Kantonsreferendum ist eines der ältesten direktdemokratischen Instrumente der Schweiz – aber auch ein selten benutztes. Erst einmal griffen die Stände dazu: 2003, als sich elf von ihnen gegen eine steuerpolitische Vorlage wendeten – und gewannen.

Nun also prüfen die neun finanzstarken Kantone, ob sie zu diesem Mittel greifen wollen. Entschieden ist noch nichts, auch weil die Beratungen im Nationalrat abgewartet werden müssen. Doch wenn die Vorlage voraussichtlich im Frühling in die Grosse Kammer

kommt, herrscht Wahlkampf. Nationalräte aus den Nehmerkantonen, die ebenfalls die Mehrheit bilden, dürften sich hüten, gegen die Interessen ihrer Heimatkantone zu stimmen.

**Regierungen sind nicht abgeneigt**

Ständeräte wie Eder und sein Schwyzer SVP-Kollege Alex Kuprecht unterstützen die Idee eines Referendums. Das Zustandekommen dürfte kein Problem sein, in allen Geberkantonen beschliessen die Parlamente über dessen Ergreifung. «In Zug ist das keine Sache», meint Eder. Tatsächlich wächst die Unzufriedenheit. In Zug wurde gerade erst ein Vorstoss an die Finanzdirektion überwiesen, wonach der Kanton Teilbeträge der NFA-Zahlungen auf ein Sperrkonto einzahlen soll.

Die Kantonregierungen kommen unter Druck – und sind der neuen Idee daher nicht abgeneigt. «Ein Kantonsreferendum ist ein verfassungsmässiges Recht, das bei allen Bundesbeschlüssen unter dem fakultativen Referendum für die Kantone eine Variante darstellt», sagt der Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel auf Anfrage. «Wenn der Bundesbeschluss bezüglich NFA definitiv fest-

steht, wird auch diese Variante – wie immer – zu beurteilen sein.»

Vor dem Volk könnten die Forderungen der Geberkantone mehr Chancen haben als im Parlament. So berichtete beispielsweise der Zuger Finanzdirektor Peter Hegglin kürzlich, dass er Zuschriften aus Bern, dem grössten Nehmerkanton, erhalte. Die Bürger dort würden sich über die hohen Ausgaben ihres Kantons ärgern und Verständnis für Zug signalisieren. Im Hinblick auf die Nationalratsdebatte rät Eder denn auch, diese Entwicklung nicht zu unterschätzen: «Das Kantonsreferendum ist keine leere Drohung.»

Quelle: Eidgenössisches Finanzdepartement / Grafik: Oliver Marx

## «Ich will den Amerikanern die Schweiz erklären»

**ZWISCHENBILANZ** US-Botschafterin Suzi LeVine gefällt es in der Schweiz. Sie möchte vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder stärken.

*Frau Botschafterin, Sie leben seit Juni in Bern. Haben Sie und Ihre Familie sich bei uns gut eingelebt?*

Suzi LeVine: Danke der Nachfrage. Wir haben uns sehr gut eingelebt. Wir sind umgeben von grossartigen Leuten, ebenso von interessanten Geschäftspartnern. Wir wurden offen und herzlich aufgenommen.

*Welchen Eindruck haben Sie von der Schweiz?*

LeVine: Schon rein visuell ist die Schweiz ein sehr schönes Land, grün und gesund. Was mich immer von Neuem überrascht, ist der Fokus, den man hier auf Qualität und Präzision legt.

*Welche Prioritäten haben Sie für Ihre Tätigkeit?*

LeVine: Ich möchte vor allem die wirtschaftlichen Verbindungen stärken, obwohl diese schon gut sind. Die Schweiz ist der sechstgrösste Investor in Amerika, und Amerika investiert viel in der Schweiz. Amerikanische Firmen haben 80 000 Stellen geschaffen, und schweizerische Firmen generieren rund 460 000 Jobs in Amerika. Der Handel zwischen unseren Ländern beläuft sich auf 1,4 Milliarden Dollar. Ich möchte auch die Zusammenarbeit punkto Sicherheitsfragen voranbringen. Wichtig ist ausserdem, wie wir Extremismus und Hass verhindern, indem wir Toleranz fördern. Zudem möchte ich das gegenseitige Verständnis und die Wertschätzung unserer beiden Kulturen, Werte und politische Ziele fördern, aber auch den Amerikanern die Schweiz erklären.

*Wird auch der Steuerstreit bald beendet sein?*

LeVine: Eines ist klar: Amerika muss



«Die Schweizer Banken haben grosse Fortschritte gemacht», lobt US-Botschafterin Suzi LeVine. EQ/Remo Nägeli

dafür sorgen, dass amerikanische Bürger keine Steuern hinterziehen. Die Schweizer Banken haben auf diesem Gebiet grosse Fortschritte gemacht. Wir haben ein neues Kapitel aufgeschlagen, und heute ist es kaum noch möglich, Steuern zu hinterziehen.

*Etwas Persönliches: Wie identifizieren Sie sich als Jüdin?*

LeVine: Ja, ich bin jüdisch. Dies ist ein Teil von mir, ein Teil meiner Kultur und meines Glaubens. Wir erziehen unsere Kinder in diesem Sinn.

*Wie können die USA beim Konflikt*

*zwischen Israel und den Palästinensern helfen?*

LeVine: Aussenminister John Kerry und Präsident Barack Obama arbeiten hart an einer Lösung. Die Sicherheit Israels steht im Vordergrund, aber auch eine Zukunft voller Hoffnung für die Palästinenser. Eine Zweistaatenlösung ist die einzige logische Lösung für diesen Konflikt.

*Präsident Obama hat nur noch 40 Prozent Unterstützung durch seine Landsleute. Er wird immer wieder als «lahme Ente» betitelt.*

LeVine: Obama hat in seiner Zeit sehr viel erreicht. Als er 2009 anfang, haben jeden

Monat 800 000 Menschen ihren Job verloren. Heute werden 200 000 bis 300 000 Jobs pro Monat geschaffen. Wir sind daran, erneuerbare Energien zu entwickeln. Alles geht in die richtige Richtung.

INTERVIEW REGULA ROSENTHAL  
schweiz@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

Suzi LeVine, 44, ist seit Juni in Bern US-Botschafterin. Sie ist keine klassische Diplomatin. Sie war Direktorin beim IT-Konzern Microsoft und arbeitete in der Geschäftsleitung beim Online-Travel-Service Expedia. Sie lebt mit Ehemann Eric, der eine Weinbewertungswebsite betreibt, den Kindern Sidney, Talia und Pudel Vegas in Bern.